

8. März : Internationaler Frauentag

Zum 8. März fordern auch 2019 wieder weltweit zahlreiche Organisationen die volle soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Gleichstellung der Frauen.

Frauen machen aufmerksam auf die alltägliche und systematische Benachteiligung von Mädchen und Frauen. Sie setzen sich international für ihre Gleichberechtigung und Emanzipation ein.

Im letzten Jahr hielt Nicole Höchst, Lehrerin und AfD-Abgeordnete, im deutschen Bundestag eine Rede zum internationalen Frauentag, in der sie mit folgenden Worten die aktuelle Notwendigkeit einer Gleichstellungspolitik in Frage stellte: „die strukturelle Benachteiligung von Frauen gleicht einem Yeti: Jeder spricht darüber, aber noch niemand hat ihn ernsthaft gesehen“. Damit zeigte sie deutlich, welchen Stellenwert die Frauenfrage in ihrer (frauenarmen) Partei einnimmt.

Das sehen wir als Deutsche Kommunistische Partei anders. Wir zeigen die Benachteiligungen auf und kämpfen für ihre Beseitigung

a) soziale Ungleichheit

Nach wie vor verrichten Frauen den überwiegenden Teil der sogenannten **Sorgearbeit** wie Kinderbetreuung, Altenpflege, Hausarbeit.

Obwohl es sich um gesellschaftlich hochrelevante Aufgaben handelt, wird diese Arbeit wenig anerkannt und **nicht bezahlt**. Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit, um Sorgearbeit leisten zu können, haben Brüche in ihrer Karriereentwicklung, dadurch ein niedrigeres Einkommen und später deswegen auch noch geringere Renten. Die ungerechte Verteilung der Sorgearbeit führt zu einer wirtschaftlichen Benachteiligung der Frauen!

b) wirtschaftliche Ungleichheiten:

Die **Geschlechtereinkommenslücke** (Gender pay gap), der Unterschied zwischen dem Durchschnittsein-

kommen von Männern und Frauen liegt in Deutschland weiterhin bei 21 %.

Das heißt Frauen **verdienen** durchschnittlich gesehen **21 % weniger** als Männer. Das hört sich vielleicht erst mal gar nicht so viel an, bedeutet aber bei



einem Bruttoeinkommen von monatlich 2500 € monatlich und damit 6000 € jährlich weniger und summiert sich auf das ganze Arbeitsleben betrachtet auf stattliche 240 000 € !

Mit diesen traurigen 21 % liegen wir im EU Vergleich fast ganz hinten. In Italien liegt der Einkommensunterschied beispielsweise nur bei 5,5%.

Die **Rentenlücke** ist übrigens noch wesentlich gravierender. Hier beträgt der Unterschied **59,6 Prozent!**

Das heißt, die durchschnittliche Männerrente liegt heute bei 1595 €, die von Frauen bei 645 € .

Das ist ein Skandal, der wenig thematisiert wird!

In den alten Bundesländern liegt die Lücke sogar bei 63,8 %, in den neuen Bundesländern jedoch nur bei 36,7%. Dies liegt an der höheren Beschäftigungsquote und einer hohen Fachkraftquote von Frauen in der DDR.

Der Einkommensunterschied liegt teils daran, dass Frauen nach wie vor absolut **unterrepräsentiert** sind in **allen hochbezahlten Jobs** wie Aufsichtsratsvorsitzende, Vorstandsvorsitzende, leitende Manager von Großunternehmen usw..

Andererseits liegt es auch daran, dass Frauen **vermehrt soziale Berufe** wählen, die als traditionelle Frauenberufe schon immer schlecht bezahlt wurden. Die historische

Minderbewertung von Frauen und ihrer Arbeit setzt sich also, trotz vieler Errungenschaften für die Rechte der Frauen, bei enorm gestiegenen Anforderungen z.B. im Pflegeberuf, bis heute unvermindert fort. (Nicht nur) Frauen verdienen in typischen Frauenberufen bei Vollzeitbeschäftigung häufig nicht genug, um für sich und ihre Familien einen angemessenen Lebensstandard zu gewährleisten!

Das erklärte Ziel der Bundesregierung, den Verdienstabstand bis zum Jahr 2010 auf 15 % zu senken, wurde deutlich verfehlt.



Die DKP Wuppertal lädt ein :

zum internationalen Frauentag

Frauenbilder

"Die Mildernden Umstände und Freunde" Kabarett und mehr

Samstag 09.03.2019 im Atelier
Einlass 18:30 Beginn: 19:00 Uhr
Hofaue 51, Wuppertal

c) kulturelle Ungleichheiten:

Kürzlich kam ein Bericht über den Frauenanteil in deutschen und internationalen Orchestern im Radio. Erschreckende Zahlen:

Erst 1982 öffneten sich die Berliner Philharmoniker für Frauen in ihren

Fortsetzung von Seite 1

Reihen. Heute beläuft sich ihr Anteil immer noch auf unter 15%! In allen hochbezahlten berühmten Orchestern ist der **Frauenanteil sehr gering**.

Oder gucken wir auf die Künstlerszene. Berühmte Künstler, aber auch Künstler, die von ihrer Arbeit leben können, sind fast ausschließlich Männer.

Die kulturelle Benachteiligung erstreckt

Warum verändert sich so wenig?

An der Intelligenz von Frauen kann es nicht liegen. Mädchen haben bessere Noten und machen die höheren Schulabschlüsse. Warum wählen trotzdem viele Frauen den Weg in Niedriglohnberufe?

Eins ist uns als Kommunisten klar: es gibt kein politisches Interesse an diesem



Von 709 Abgeordneten sitzen nur 218 Frauen im Deutschen Bundestag

sich aber auch auf Gebiete wie Frauenhandel, Prostitution, Gewalt gegen Frauen und frauenfeindliche Werbung. Hier gibt es noch jede Menge Entwicklungsbedarf, sowohl in Deutschland, aber gerade auch die Frauen in Ländern mit weniger demokratischen Errungenschaften brauchen unsere Solidarität in ihrem Kampf um die Durchsetzung ihrer Rechte!

d) politische Ungleichheiten:

Obwohl wir dieses Jahr auf einen großen Erfolg zurückblicken können - **100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland!** - besteht auch hier ein großer Entwicklungsbedarf. Im aktuellen deutschen **Bundestag** sind von 709 Abgeordneten nur **218 Frauen**. Das ist ein Anteil von 30,9 % und ein sehr beklagenswerter Rückschritt. Im letzten Bundestag lag der Frauenanteil nämlich noch bei 36,5%.

Diese rückschrittliche Entwicklung haben wir (nicht nur) der oben genannten rechten Partei mit ihrem geringen Frauenanteil zu verdanken. Das rechte reaktionäre Kräfte es heute wieder wagen öffentlich von der Rolle der Frau als Hausfrau, zuständig für Hausarbeit und Kindererziehung, zu sprechen, sehen wir mit allergrößter Besorgnis!

Zustand effektiv etwas zu ändern. Nur wenn massiv FacharbeiterInnen fehlen, wird mehr unternommen, Initiativen gestartet. Eigentlich fährt jedoch unsere neoliberale Wirtschaft mit diesem Billiglohnsektor sehr gut.

Mit unqualifizierten ArbeitnehmerInnen lassen sich hohe Profite erzielen. Sie lassen sich gut ausbeuten und setzen sich seltener für ihre beruflichen Interessen, für angemessene Arbeitsbedingungen, für gerechte Löhne ein. Wir als Kommunisten sind der Überzeugung, dass eine dauerhafte Gleichstellung von Frauen nur durch einen Systemwechsel, eine Entmachtung des Großkapitals herbei geführt werden kann.

Erst wenn die heutige durchgängige Orientierung am wirtschaftlichen Profit durch eine Politik der Orientierung an den menschlichen Bedürfnissen abgelöst wird, wird sich auch die Situation von Frauen bei uns und auf der ganzen Welt nachhaltig verändern. Dafür kämpfen wir Kommunistinnen und Kommunisten!



EU-Wahl 26. Mai 2019: DKP wählen!

Wuppertal

Verkehrt!

Statt den Busverkehr auszubauen, haben die Wuppertaler Stadtwerke beim kürzlichen Fahrplanwechsel das Angebot verschlechtert. Es wurden Busfahrten von 20 Minuten auf halbstündlich umgestellt. So auch bei den Abendfahrten der Linie 643, die den Ölberg anfährt. Wie an vielen Orten in Wuppertal wäre es sinnvoll, Menschen zum Umsteigen vom Auto auf ÖPNV zu bewegen. Mit der ausgedünnten Taktung wird Busfahren weniger attraktiv.

Die DKP fordert eine schnellstmögliche Rücknahme der Kürzungen. Wir fordern einen Ausbau des ÖPNV's und eine Senkung der Preise, auch um einen Umstieg vom Auto auf ÖPNV attraktiver zu machen.

E.W

International

Es geht voran...

seit 2005 haben auch die Frauen Kuwaits aktives und passives Wahlrecht, seit 2006 auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Ja, seit 2015 sogar in Saudi Arabien zu den Kommunalwahlen.

Dabei wird ihnen jedoch die Wahlwerbung fast unmöglich gemacht. Noch dazu: Zur Wahl braucht man einen Personalausweis, den besitzt aber eine Mehrzahl der Frauen dort nicht.

Na typisch werden sie sagen, aber das Frauenwahlrecht wurde auch in Frankreich erst 1936 (Aserbaidshan 1919), in der Schweiz erst 1971 eingeführt. Heute ist der Vatikanstaat in Rom der letzte Ort der Welt, der Frauen immer noch daran hindert, wählen zu gehen.

Humanistische Jugendfeier

Die Alternative für Jugendliche im Alter von 14 Jahren, die keiner Konfession angehören:

**Am 12. Mai im
„Wuppertaler Hof“**

Infos und Anmeldung unter
www.HVD-BergischesLand.de
oder Tel :0202 - 246 09 017

Bayer & Co - Der Mensch muß vor Profit gehen

Ende November letzten Jahres gab es einen großen Paukenschlag:

Der Global Player Bayer gab die Vernichtung von weltweit 12.000 Arbeitsplätzen bekannt. Jeder 10. Arbeitsplatz soll der Streich-Orgie zum Opfer fallen - konkret 750 Stellen alleine in Wuppertal. Kein bundesdeutscher Konzern stellte im zurückliegenden Jahr so viele Stellen zur Disposition. Was sind die Hintergründe für diese Entscheidungen?

Der Leverkusener Multi hatte schon vor längerer Zeit ein Sparprogramm namens „Superbowl“ für den Pharma-Bereich auf den Weg gebracht. Die Produktivität und Ertragskraft sollten weltweit deutlich gesteigert werden. So versprach man den Investoren wie „BLACKROCK“ & Co. eine Rendite von mehr als 30%.

„BLACKROCK“? Klingelt es da nicht bei uns? Der DAX-Konzern ist der einflussreichste Investor bei Bayer und bei Monsanto, mit dessen Übernahme Bayer sich wohl verhoben hatte. Aber sie wollten unbedingt die Produktion von Glyphosat unter ihre Kontrolle bekommen und versprachen großspurig u.a. auch in Europa die Schaffung neuer Arbeitsplätze.



Noch nicht einmal 2 Jahre später – am 29.11.2018 – gibt der Global Player die Vernichtung von 12.000 Arbeitsstellen bekannt. Aus dem vermeintlichen Job-Wunder MONSANTO wurde in dieser Zeit eine Job-Wunde, die rund 4.100 Beschäftigte den Job kostet. Wegen der umstrittenen Produktion von Glyphosat sieht sich Bayer mit fast 10.000 Schadenersatzklagen konfrontiert, die jetzt schon viele Millionen von Dollar kosten – Ende nicht abzusehen.

Und das ist BLACKROCK und den dahinter stehenden Shareholders (Aktieneigner) jetzt wohl zu viel. Denn wenn der Aktienkurs wegen der Schadenersatzklagen und den damit zu erwartenden Entschädigungen um 12 % abrutscht, verstehen diese Börsenspekulanten keinen Spaß mehr.

Dann tritt auch ihr Mann fürs „Grobe“, der deutsche Aufsichtsratschef von BLACKROCK, Friedrich Merz (CDU) auf den Plan. Das „Handelsblatt“ wusste zu berichten, dass es in den Gesprächen mit Anteilseignern von BLACKROCK u.a. „ungemütlich“ zugeht – man

mahnte Handlungsbedarf an. Und der Leverkusener Multi lieferte – am 5. Dezember 2018 verkündete er die Einschnitte.

So wird diese Konzernpolitik rücksichtslos auf Kosten der Beschäftigten betrieben. Der gerade in Wuppertal in Betrieb genommene nagelneue Glasbau zur Herstellung von Bluter-Medikamenten und die damit verbundenen 350 Arbeitsplätze – futsch. Rund 1.100 Belegschaftsangehörige der „Consumer Health“ – Abteilung – überflüssig. Und durch Rationalisierungsmaßnahmen werden in der Verwaltung auch bis zu 6.000 Arbeitsplätze wegfallen.

So will der Global Player Bayer sich im Interesse der Profitmaximierung zugunsten der Shareholders „gesund-schrumpfen“.

Was aus den Beschäftigten und ihren Familien wird, interessiert Bayer-Chef Baumann, BLACKROCK-Chef Merz und das internationale Großkapital nicht, wenn es darum geht, die Dividende wieder zu steigern.

Deshalb ist es angesichts des weltweiten Agierens dieser multinationalen Großkonzerne nötiger denn je, dass auch die arbeitenden Menschen bei Bayer & Co. sich europa- und weltweit mehr zusammenschließen. Nur so kann man diesem Profitstreben wirksam entgegen-treten.

Wir Kommunisten kämpfen dafür, dass der Mensch vor Profit geht!

J.K.

Kontakt zur DKP Wuppertal

Informationen über Veranstaltungen,
Programm und Treffs :

Gathe 55 , 42107 Wuppertal
Telefon 0202 / 456 458

Email : dkp_wuppertal@t-online.de

www.dkp-wuppertal.org



Unsere Zeit
Wochenzeitung der DKP
kostenloses Probeabo:

www.uzshop.de

Warum ich in der DKP bin

Die SPD versucht, mit einer Abkehr von der Hartz IV Gesetzgebung die Wählerschaft wieder für sich zu gewinnen, wohl wissend, daß das Projekt "Sozialstaat 2025" mit der CDU nicht zu machen ist.

Ebenso hat Finanzminister Scholz mit seiner Idee "Demografiereserve" vor, bis zum Jahr 2040 eine "Rentengarantie" zu schaffen, wohl wissend, daß alles Versuche einer Rentenreform bisher an der Großen Koalition gescheitert sind.

Die DKP ist die einzige Partei, die die Systemfrage stellt: Nur die Abkehr von der Profitgier der Wirtschaft kann das Armutsproblem lösen.

Während beide Vorschläge in der Koalition heftig diskutiert werden und sich dabei vor allen Dingen die Frage stellt, wie das Ganze denn eigentlich zu finanzieren sei, wird das Eigentliche geflissentlich übersehen:

Es geht nicht um geringfügige Änderungen, die Renten, Sozialleistungen oder den Mindestlohn betreffend. Es geht um Dinge, an die sich die Koalition nicht herantraut:

Die DKP fordert eine gerechte Besteuerung aller Einkünfte und eine Abkehr von der Profitgier der großen Unternehmen.

R.L.

Nein zum Putsch! Hände weg von Venezuela

Wenn es nach dem Willen der USA, der EU und einiger anderer Staaten geht, dann soll der demokratisch legitimierte Präsident Nicolás Maduro durch den am 23. Januar selbsternannten „Interimspräsidenten“ Juan Guaidó abgelöst werden. Und das, obwohl bis vor einigen Wochen noch niemand - auch nicht in Venezuela selbst - diesen Menschen kannte.

Er ist lediglich Präsident der Nationalversammlung, hat auch nie zu den Präsidentschaftswahlen kandidiert.

Auch weiß sicherlich bei uns kaum jemand, dass diese Nationalversammlung im Jahre 2017 wegen Wahlbetrugs aufgelöst wurde., denn sie hatte Mitglieder vereidigt, deren Wahlen vom Obersten Gerichtshof Venezuelas für ungültig erklärt worden waren. Und als deren Präsident bezeichnet sich Guaidó.

Warum also unterstützen Trump, die EU und andere dann jetzt diesen Guaidó, zaubern ihn aus dem Nichts wie „Kai aus



Präsident N. Maduro

der Kiste“ und erkennen ihn vorschnell als „Interimspräsidenten“ an?

Warum hat Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) so schnell erklärt: „Wir sind nicht neutral, wir stehen auf der Seite von Guaidó.“

Es geht um riesige Erdölvorräte!

Seit Jahren versuchen die USA und andere Staaten, den Weg Venezuelas, eigenständig und unabhängig von den Diktaten des US-Imperialismus zu existieren, zu torpedieren.

Der Hintergrund ist klar und zeigt deutlich, worum es hier in Wirklichkeit geht:

Venezuela ist das Land mit den größten nachgewiesenen Erdölvorkommen der Welt. Mit über 300 Milliarden Barrel (Stand: 2017) liegt ein Viertel der von

der OPEC geschätzten weltweiten Reserven tief im Boden des südamerikanischen Landes, ohne dass die USA oder andere Staaten darauf Zugriff hätten. Und wegen dieser Gier nach dem flüssigen Gold soll Maduro weggeputscht und die Demokratie mit Füßen getreten werden.

Mehrheit steht hinter Maduro!

Alle bisherigen Versuche eines „Regime-Change“ (Regierungswechsel) sind gescheitert, die Mehrheit des Volkes steht deutlich hinter Maduro und seiner sozialistischen Politik, wonach die Bodenschätze dem eigenen Volk zur Verwertung gehören, und nicht ausländischen Konzernen und Investoren.

Maduro ist seit 2013 demokratisch gewählter und damit legitimer Präsident Venezuelas und legte am 10. Januar für seine 2. Amtszeit den Amtseid ab.

Putsch- und Mordversuche hat es in den vergangenen Jahren zur Genüge gegeben, haben aber nicht zum gewünschten Regierungswechsel geführt.

Nun wird die Stimmung erneut angeheizt und ein Bürgerkrieg entfacht.

"Hilfslieferungen" - Gag für die Medien

Mit den angeblich an der kolumbianischen Grenze festgehaltenen „Hilfslieferungen“ wird zur Zeit viel Medienrummel gemacht.

Die Journalisten bekamen ein Lager mit ca. 46 to. angeblicher Hilfsgüter zu sehen, die tatsächlich nur aus Waren bestand, die es in Venezuela auf jedem Markt verbilligt zu kaufen gibt. Sogar das Internationale Rote Kreuz musste eingestehen, dass es sich bei diesen Gütern wohl nicht um eine humanitäre Hilfe handele, sondern um eine Kampagne der politischen Stimmungsmache gegen die Regierung von Maduro.

Die Kampagne gegen Venezuela erinnert auf fatale Weise an den Putsch in Chile 1973. Auch damals wurde maßgeblich von den USA durch Boykott und Embargo eine wirtschaftliche Krise provoziert, die das Militär dann als Vorwand für den Sturz und die Ermordung des gewählten sozialis-

tischen Präsidenten Salvador Allende nahm.

Die fortschrittliche Entwicklung in Chile damals wurde auf brutale und blutige Art beendet.

Jetzt: Solidarität mit Maduro!

Alle, die jetzt auf Guaidó setzen, müssen sich im Klaren sein, dass die Situation brandgefährlich ist. Es hat schon jetzt etliche Todesopfer gegeben. In dieser Situation sind alle Demokraten aufgefordert, den Kriegstreibern und Putschisten in den Arm zu fallen und die auf legitimen Wahlen fußende Regierung des bolivarianischen Präsidenten Nicolás Maduro zu unterstützen.

J.K.

Termine

Internationaler Frauentag
Samstag, 09.03.2019 im Atelier,
Einlass / Beginn ab 19:00
Hofaue 51, Wuppertal
Programm:

"Frauenbilder"

„Die Mildernden Umstände und Freunde“ - Kabarett und mehr ...

Sonntag, 07.04.2019

Gedenkfeier zum Jahrestag des
Massakers an 71 Häftlingen
am Wenzelnberg
Treffpunkt: 10:30 Uhr auf dem
Parkplatz Hotel Gravenberg.

Samstag, 11.05.2019 Wuppertaler Stadtrundgang :

Dirk Krüger führt zu den
Wirkungsstätten
des jungen Friedrich Engels
Treffpunkt: 11 Uhr Bahnhof Barmen

Impressum

Herausgeber: DKP Wuppertal
V.i.S.d.P.: Jürgen Köster,
Gathe 55, 42107 Wuppertal
Tel.: 0202-456458 Mail:
dkp_wuppertal@t-online.de
Druck: Wupperdruck e.K., Wuppertal